

SVP Klartext

Jetzt Mitglied werden
unter svp.ch/mitglied

Die Zeitung der Schweizerischen Volkspartei

Mai 2026

Wohnraum
umverteilen?
Nein danke!

Seite 3



Unsere Schulen
sind am
Anschlag!

Seite 5



Am 14. Juni
JA zum
Zivildienstgesetz!

Seite 11



JETZT abstimmen! Sprechen Sie mit Ihrer Familie, Freunden, Bekannten und Nachbarn, damit auch sie alle an die Urne gehen und **mit einem JA ein Zeichen setzen** – für die Zukunft unserer Kinder und Enkel!



AZB, 3001 Bern Post CH AG, SVP Schweiz, Generalsekretariat, Postfach
Preis Fr. 35.– jährlich – erscheint sechs Mal jährlich – 47'054 Expl.
svp.ch – klartext@svp.ch – Mai 2026
Gestaltung Klartext: GOAL AG



Offener Brief an die Zuwanderungs-Profiteure

An die Gewerkschafts-Bosse, Wirtschafts-Bosse, Beamten und abgehobenen Politiker ...

Ihr erzählt uns wieder die gleichen Geschichten: Dass wir die Zuwanderung nicht selber steuern dürfen, dass die Personenfreizügigkeit uns allen Wohlstand gebracht hat. Ihr droht uns: Ohne Zuwanderung, keine Fachkräfte. Und ihr versichert uns: Die ungebremste Zuwanderung hat keinen Einfluss auf das Lohn-Niveau in der Schweiz.

So wie ihr jetzt unsere Nachhaltigkeits-Initiative bekämpft, habt ihr 2014 die Masseneinwanderungs-Initiative bekämpft – und trotz Zustimmung durch das Volk nicht umgesetzt!

Das Resultat sehen wir heute: Nach 12 Jahren hat unser Land eine Million mehr Zuwanderer – und der Fachkräftemangel ist sogar noch grösser geworden. Die Züge und Strassen sind total überfüllt. Grünflächen verschwinden im Sekundentakt. Das

Bildungsniveau sinkt. Die Sozialkosten und die Kriminalität steigen massiv an. Vielerorts ist unsere Schweiz nicht mehr erkennbar. Wir als normale Schweizerinnen und Schweizer bezahlen den Preis.

Nur euer Stück vom Kuchen wächst. Die Gewerkschaften kassieren Millionen wegen der flankierenden Massnahmen. Die Manager kassieren Millionen-Boni. Und auch der Staat und seine Beamten profitieren von der Zuwanderung und vom Wachstum.

Das Entscheidende ist jedoch: **Ein Grossteil der Arbeiter, der Familien und Senioren hat nichts von dieser Zuwanderung.** Sie haben heute viel weniger im Portemonnaie: Weil Mieten, Krankenkassenprämien und die Lebenskosten viel stärker gestiegen sind als der Lohn oder die Rente.

Gleichzeitig ist die Lebensqualität massiv gesunken.

So kann es nicht weitergehen!

Wir müssen uns wehren: Mit einem JA zur Nachhaltigkeits-Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!». Damit der Bundesrat und die abgehobenen Politiker endlich handeln müssen! Damit die Gewerkschafts- und Wirtschafts-bosse endlich Verantwortung übernehmen für unser Land!



Marcel Dettling
Nationalrat und Präsident der SVP Schweiz



Wohnraum umverteilen? Nein danke!

Zuwanderung und Bürokratie befeuern die Wohnungsnot. Die Grundstückpreise und Mieten haben sich enorm verteuert. Dass der Bund nun ältere Menschen zum Umzug bewegen will, um mehr Wohnraum zu schaffen, ist ein unglaublicher Skandal.



Von Gregor Rutz,
Nationalrat,
Zollikon (ZH)

Wenn jedes Jahr rund 100'000 Personen zusätzlich in die Schweiz kommen, liegt es auf der Hand, dass die Wohnungen knapp werden. Dazu kommt die steigende Bürokratie: Komplizierte, langwierige Bewilligungsverfahren und immer mehr Auflagen belasten den Wohnungsbau. Das alles führt zu einer enormen Verteuerung von Grundstückspreisen und Mieten. Dass der Bund nun überlegt, ältere Menschen zum Umzug zu bewegen, um mehr Wohnraum zu schaffen, ist ein unglaublicher Skandal.

Das Bundesamt für Wohnungswesen schreibt: Das Angebot auf dem Woh-

nungsmarkt sei knapp und der Mittelstand kämpfe mit hohen Preisen, besonders in Städten und Bergregionen. Der Wohnungsbestand wachse langsamer als die Nachfrage – daher seien die Prognosen für 2026 düster. Manch einer fragt sich, warum der Bund solche Binsenwahrheiten publiziert, wenn die Hauptursachen des Problems eigentlich bekannt sind: Die fehlgeleitete Zuwanderungspolitik des Bundes und die zunehmende Bürokratie aus der Verwaltung.

Eigenheim-Besitzer im Visier

Fakt ist: Es werden mehr Wohnungen und Häuser gebaut denn je. Allerdings steigt auch die Zuwanderung parallel auf Rekordwerte. Dies treibt die Nachfrage deutlich an.

Statt bürokratische Hürden abzubauen, nimmt der Bund nun Liegenschaften älterer Leute ins Visier. Nachdem die

Kinder ausgezogen sind oder der Partner verstorben ist, leben viele Ehepaare oder Einzelpersonen allein in ihrem Zuhause. Dies ist dem Bund ein Dorn im Auge. Daher prüft die Verwaltung nun, wie man mehr Wohnraum in Eigenheim-Quartieren schaffen könnte. Im Klartext: Ältere Menschen sollen Platz machen, weil die Zuwanderung ausser Kontrolle geraten ist.

Die Massenzuwanderung treibt ungeheuerliche Blüten: Die Politik will uns plötzlich vorschreiben, wie wir zu leben und zu wohnen haben. Sogar das Privateigentum wird infrage gestellt. Umso wichtiger ist es, am 14. Juni ein klares Zeichen zu setzen: Mit einem JA zur Nachhaltigkeits-Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!».

AMTLICHER
RÄUMUNGSBEFEHL

Schweizer
macht Platz
für Ausländer!



Bald hat die Landwirtschaft keinen Raum mehr

Die Schweiz ist bereits jetzt ein dicht besiedeltes Land mit begrenzten Ressourcen. Wenn wir so weitermachen, zerstören wir unsere Kulturlandschaft und damit unsere Versorgungssicherheit.

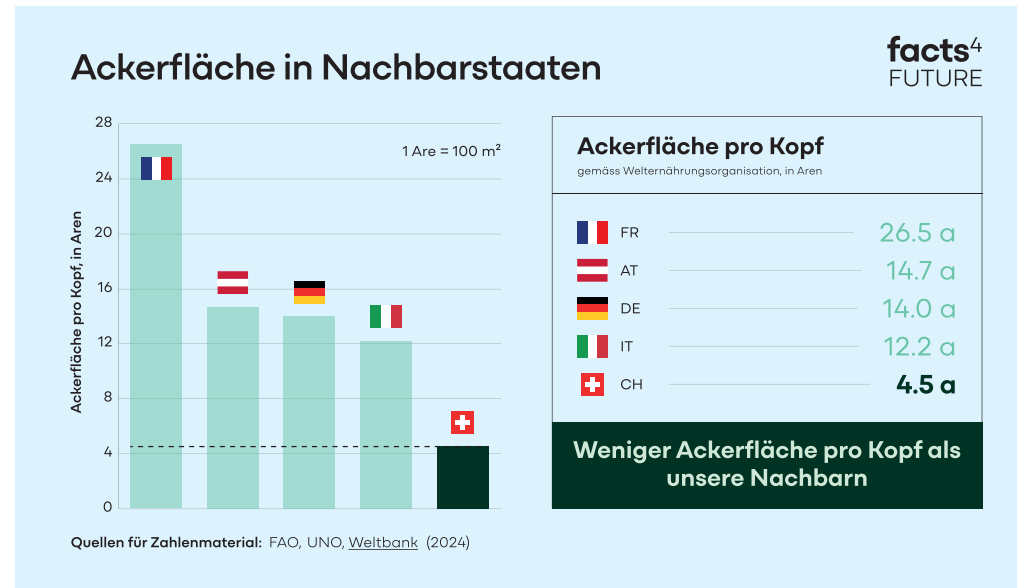


Von Martin Hübscher,
Nationalrat,
Bertschikon (ZH)

Wir verlieren Kulturland in einem besorgniserregenden Tempo. Jede neue Überbauung, jede Umzonung bedeutet weniger Fläche für die Landwirtschaft: für die Produktion von Lebensmitteln, für Biodiversität, für Fruchtfolge. Die Versorgungssicherheit nimmt dramatisch ab: Wir haben heute mit Abstand am wenigsten Ackerfläche pro Kopf im Vergleich mit unseren Nachbarstaaten.

Wachstum nachhaltig lenken

Die Siedlungsfläche wächst auf Kosten der Ernährungssicherheit. Wenn wir diesen Trend nicht stoppen, gefährden wir die langfristige Versorgung unseres Landes. Denn in den Wachstumsgebieten befinden sich auch über zwei Drittel



unserer besten Landwirtschaftsflächen. Die Nachhaltigkeits-Initiative ist kein Wachstumsverhinderer: sie ist ein Wachstumslenker. Sie zwingt uns, Qualität vor Quantität zu stellen.

Wir müssen uns fragen: Wollen wir wirklich weitermachen wie bisher – mit überlasteten Infrastrukturen,

schrumpfendem Kulturland und einer Landwirtschaft, die kaum noch Raum hat? Oder wollen wir den Kurs korrigieren, bevor es zu spät ist?

Wer auch morgen eine lebenswerte Schweiz mit einer vielfältigen Kulturlandschaft will, stimmt am 14. Juni **JA** zur Nachhaltigkeits-Initiative.



Die Natur für die masslose
Zuwanderung **ZUBETONIEREN?**

Überforderte Schulen

Die Schweiz hat Ende 2025 rund 9,1 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner. Die ständige Wohnbevölkerung hat innerhalb von 12 Jahren um 1 Million Menschen zugenommen. Die negativen Folgen dieser masslosen Zuwanderung sind auch in unserer Volksschule spürbar.



Von Stephanie Gartenmann,
Grossrätin und Mitglied
Bildungscommission,
Lauterbrunnen (BE)

Als Grossrätin sehe ich die Folgen täglich: überfüllte Klassenzimmer, fehlende Lehrpersonen und Provisorien statt Schulraum. Integration und Förderung stossen an Grenzen, die individuelle Betreuung leidet. So verlieren alle Kinder.

Die Schulen sind am Anschlag

Die Bildungsqualität sinkt. Viele Jugendliche können nach neun Schuljahren nicht einmal richtig Lesen und Rechnen. Das merken auch die Lehrbetriebe.

Die Nachhaltigkeits-Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz» will das Wachstum so steuern, dass die Kantone und Gemeinden die Bildungsqualität wieder sichern können.



Schweizer Kinder bald in der Minderheit?

Unsere Schweizer Werte sind unter Druck

Die übermässige Bevölkerungszunahme durch Massenzuwanderung stellt die Schweiz vor massive Herausforderungen. Mir macht insbesondere die schleichende Islamisierung Sorgen.



Von Stephanie Schnyder,
Brig (VS)

Eine 10-Millionen-Schweiz ist kein abstraktes Szenario mehr, sondern eine reale Entwicklung mit Folgen: steigender

Druck auf Wohnraum, Infrastruktur und die Sozialsysteme.

Was in der ganzen Zuwanderungsdebatte untergeht, ist die Asyl-Migration in die Schweiz. Jedes Jahr kommen rund 30'000 Asylanten zu uns. Vor allem aus Afrika, aus dem Nahen Osten, aus Afghanistan. Es handelt sich mehrheitlich um junge muslimische Männer. Sie bringen auch

ihre Kultur und ihre Vorstellungen mit. Die schleichende Islamisierung löst Diskussionen um Gleichstellung, Kopftuch und Kulturverlust aus. Wer Nachhaltigkeit ernst nimmt, darf dazu nicht schweigen. Es braucht klare Grenzen, den Schutz unserer kulturellen Grundlagen und den Mut, Fehlentwicklungen offen zu benennen. Nur so bleibt die Schweiz langfristig stabil.

Zuwanderung in unsere Gefängnisse stoppen

Die masslose Einwanderung in unser Land bedeutet auch eine starke Zuwanderung in unsere Gefängnisse und Sozialwerke. Ausländer sind in beiden Bereichen massiv übervertreten.



Von Mauro Tuena,
Nationalrat,
Zürich (ZH)

Gefängnisse für ausländische Kriminelle bauen! Die hohe Zunahme der Kriminalität in den letzten Jahren ist eine direkte Folge der unkontrollierten Zuwanderung, speziell auch von Asyl-Kriminellen.

Rund 58 Prozent aller verurteilten Täter sind Ausländer – und das bei einem Ausländeranteil an der Bevölkerung von 27 Prozent. Unsere Gefängnisse sind aufgrund der unkontrollierten Zuwanderung übervoll. In den Gefängnissen ist der Ausländeranteil mit 72,5 Prozent noch höher. Die Kosten für den Strafvollzug steigen enorm. Wir müssen neue

Hinzu kommt die Zuwanderung in den Schweizer Sozialstaat. Rund zwei Drittel aller Sozialhilfebezüger sind Ausländer und Asylanten. Wohnung, Krankenkasse, Einkäufe: Wir zahlen! Die Kosten der wirtschaftlichen Sozialhilfe liegen schweizweit bei über 2,5 Milliarden Franken. Tendenz stark steigend. Treibender Faktor ist die massive Zuwanderung.



Am 14. Juni 2026 haben wir die Möglichkeit, diese verheerende Tendenz zu stoppen. Darum JA zur Nachhaltigkeits-Initiative. Damit die Schweiz Schweiz bleibt!

Linke Stimme gegen die Massenzuwanderung

Alt SP-Nationalrat Rudolf Strahm übt deutliche Kritik, weil die linken Parteien und Politiker die sozialen Folgen der starken Zuwanderung verdrängen.



Von Thomas Matter,
Unternehmer und
Nationalrat,
Meilen (ZH)

Er gehört zu den prominentesten Stimmen der Schweizer Linken: Rudolf Strahm, Ökonom, ehemaliger SP-Nationalrat und Preisüberwacher. Strahm zeigt Verständnis für die Unterstützer der SVP-Nachhaltigkeits-Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!». Dabei kritisiert er vor allem, dass linke Parteien die sozialen Folgen der starken Zuwanderung verdrängen würden.

Rudolf Strahm und mit ihm auch gleichgesinnte Gewerkschafter nehmen die Initiative – oder zumindest die Sorgen dahinter – durchaus ernst. Strahm wirft der eigenen SP einen «Hypermoralis-

mus» vor, während sie reale Probleme wie Wohnungsknappheit, steigende Mieten und die Belastung der Infrastrukturen ignoriere. Auch für Strahm ist klar: Die Zuwanderung führt zu einem spürbaren Dichtestress im Alltag der arbeitenden Bevölkerung.

Kündigung der Personenfreizügigkeit ist «leere Angstmacherei»

Der Druck auf die Löhne und die steigenden Kosten wegen der ungebremsten Zuwanderung sind eine Realität, die gerade die Werk tätigen in der Privatwirtschaft und die Angestellten im Niedriglohnbereich belastet. Strahm sieht hier ein Versagen der Linken, welche die Sorgen der «Arbeiterklasse» in dieser Frage zunehmend der SVP überlasse.

Rudolf Strahm fordert griffige Massnahmen zum Schutz des inländischen Arbeitsmarktes und zur Bewältigung der Siedlungsprobleme. Dabei übt er massive

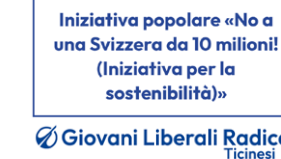
Kritik am «Wegschauen und Zuwarten» der linken Partei-Elite. Die Warnung der Gegner, ein Ja zur Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!» würde automatisch zur Kündigung der Personenfreizügigkeit mit der EU führen, bezeichnet Strahm als «leere Angstmacherei».

Hohe Zuwanderung sorgt für Lohndruck

Die Gewerkschaften behaupten in ihrer millionenteuren Nein-Kampagne, mit einem Ja zur Nachhaltigkeits-Initiative würden die Löhne in der Schweiz sinken. Das ist absolut lächerlich. Es ist gerade die hohe Zuwanderung, die in vielen Branchen für Lohndruck sorgt. Zuwanderer machen die gleiche Arbeit für weniger Lohn. Die anhaltend hohe Zuwanderung ist auch der Hauptgrund, warum die Löhne in der Schweiz kaum mehr steigen. Wer diese Probleme ändern möchte, stimmt am 14. Juni Ja zur Nachhaltigkeits-Initiative.

Wir stimmen JA zur Nachhaltigkeits-Initiative (Keine 10-Millionen-Schweiz):

- ▶ Jungfreisinnige Kanton Schwyz
- ▶ Jungfreisinnige Kanton Tessin
- ▶ Berner Gewerbeverband
- ▶ Thurgauer Gewerbeverband
- ▶ Bauernverband Kanton Zürich
- ▶ Bauernverband Kanton Schaffhausen
- ▶ Bauernverband Kanton Thurgau
- ▶ Bauernverband Kanton Bern
- ▶ Bauernverband Kanton Schwyz
- ▶ Bauernverband Kanton St. Gallen



SUZUKI IM ZEICHEN DES FRÜHLINGS. Die SAKURA Sondermodelle

Kundenvorteil bis zu
CHF 1700.-

Die kompakte Nr. 1

Kundenvorteile bei den SAKURA Sondermodellen je nach Modell zwischen CHF 1160.- und CHF 1700.- gegenüber der regulären Version. Der maximale Kundenvorteil von CHF 1700.- gilt für VITARA und S-CROSS. Beim neuen e VITARA ist der Kundenvorteil geringer, da die 3+2 Jahre Garantie bereits serienmässig enthalten ist. Gültig ab sofort, solange Vorrat.

NEUER OPEL ASTRA SPORTS TOURER PRÄZISION MADE IN GERMANY

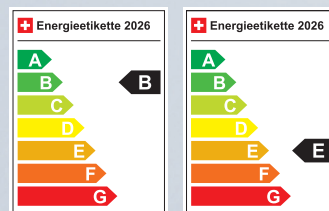
HYBRID AB CHF **34 750.-**
ELECTRIC AB CHF **35 940.-**



Jetzt bei deinem
Opel Partner live erleben.



PLUS 3%
FLOTTENRABATT



Astra Sports Tourer Edition, 1.2 Direct Injection Turbo Hybrid 48 V mit elektrischem 6-Gang-Doppelkupplungsgetriebe (eDCT), 107 kW (145 PS). Barkaufpreis: CHF 34 750.- (Fahrzeugwert: CHF 35 750.- abzüglich Cash-Prämie CHF 1000.-). Treibstoffverbrauch: 5,8 l/100 km, CO₂-Emission: 131 g/km, Energieeffizienz-Kategorie: E.
Astra Sports Tourer Electric Edition, Automatik-Elektrotriebe mit fester Getriebeübersetzung, 115 kW (156 PS). Barkaufpreis: CHF 35 940.- (Fahrzeugwert: CHF 36 940.- abzüglich Cash-Prämie CHF 1000.-). Stromverbrauch: 16,2 kWh/100 km (Benzinäquivalent: 1,78 l/100 km), CO₂-Emission: 0 g/km, Energieeffizienz-Kategorie: B.
Abgebildetes Modell: Astra Sports Tourer Electric GS, Automatik-Elektrotriebe mit fester Getriebeübersetzung, 115 kW (156 PS). Inkl. Sonderausstattungen (Lackierung CHF 900.-, ReNewNit 900.-, Panoramadach 1200.-). Barkaufpreis: CHF 45 430.- (Fahrzeugwert: CHF 46 430.- abzüglich Cash-Prämie CHF 1000.-). Stromverbrauch: 16,2 kWh/100 km (Benzinäquivalent: 1,78 l/100 km), CO₂-Emission: 0 g/km, Energieeffizienz-Kategorie: B.
Zusätzlich auf bestehende Flottenkonditionen, bis 30. Juni 2026. Angebot richtet sich ausschliesslich an Gewerbetunden.

EJPD unter Bundesrat Jans: Departement für Migration und Desinformation



Aufgabe des Bundesrates wäre es, das Volk sachlich und objektiv zu informieren. Doch SP-Bundesrat Jans und sein Departement betreiben immer offener Propaganda.



Von Pascal Schmid,
Nationalrat,
Weinfelden (TG)

Bundesrat Jans am 15. April:

«Die Initiative zielt darauf ab, das Land vollständig abzuschotten. Sobald die Einwohnerzahl von 10 Millionen erreicht ist, wird keine Einwanderung mehr möglich sein.» (*Le Temps*)

Fakt ist: Bis 10 Millionen erreicht sind, könnten immer noch 900'000 einwandern – also rund 40'000 pro Jahr. Und: Da jährlich 80'000 auswandern, können sogar 120'000 pro Jahr einwandern. Die Aussage von BR Jans ist somit nicht nur irreführend, sondern komplett falsch.

Bundesrat Jans am 16. April:

«Das Unispital [Basel] müsste man von heute auf morgen schliessen.» (*bz Basel*)

Fakt ist: Bereits in der Schweiz wohnende Mitarbeiter sind nicht betroffen. Auch Grenzgänger nicht. Eine massvolle Zuwanderung ist bei einem Ja weiterhin möglich. Die Aussage von Jans ist falsch – und pure Angstmacherei.

Bundesrat Jans am 20. April:

«Die Schweiz würde zur Asylinsel werden, wenn das Dublin-Abkommen wegfiel. Jeder abgewiesene Asylbewerber könnte in der Schweiz ein neues Gesuch stellen. Die Zahl der Asylgesuche dürfte massiv steigen.» (*NZZ*)

Fakt ist: Das Dublin-Abkommen ist nicht mit dem Freizügigkeitsabkommen verknüpft, eine Kündigung bei einem Ja ausgeschlossen. Selbst wenn: Die Schweiz könnte ihr Asylrecht eigenständig anpassen, sodass abgewiesene Asylbewerber kein neues Gesuch in der Schweiz stellen dürften. Und: Viel wichtiger wäre es, dass Bundesrat Jans endlich systematische Grenzkontrollen einführen würde.

Bundesrat Jans am 20. April:

«Wir haben Asyl-Pendenzen abgearbeitet,

von 10'000 unbearbeiteten Gesuchen auf 2'000.» (*NZZ*)

Fakt ist: Der Asyl-Pendenzenberg umfasst aktuell über 20'000 unerledigte Gesuche! Das kostet die Steuerzahler täglich mindestens eine Million Franken. Immer häufiger kommt es auch vor, dass Abgewiesene bleiben dürfen, weil die Verfahren zu lange dauern. Das Problem ist offensichtlich nicht gelöst.

Das alles zeigt:

Bundesrat Jans streut dem Volk kräftig Sand in die Augen. Statt seine Arbeit als Asyl-Minister zu machen und bei der Zuwanderung mehr Mass zu halten, bekämpft er lieber unsere Nachhaltigkeits-Initiative.

«Seid einig, einig, einig!» Friedrich Schiller, «Wilhelm Tell»



Einladung zur Bundesfeier 2026

Freitag, 31. Juli 2026, 14 Uhr

Tellspiel-Areal Matten bei Interlaken

Öffentliche
Veranstaltung!

Beginn Programm: 14 Uhr (Türöffnung: 12 Uhr)

Festansprache:

alt Bundesrat Dr. Christoph Blocher

Es wirken mit: Dr. Stephan Rietiker (Präsident Pro Schweiz), Walter Wobmann (Vizepräsident Pro Schweiz, a. Nationalrat), Adrian Amstutz (Vorstand Pro Schweiz, a. Ständerat/Nationalrat), Stephanie Gartenmann (Junge Pro Schweiz, Grossrätin), Tell-Freilichtspiele Interlaken, Berner Dragoner, Historische Fahnengruppe Interlaken, Alphörner und Fahnen Schwinger.

Ende des Festprogramms: ca 17 Uhr.

Anschliessend wird ein Imbiss offeriert.

Die Veranstaltung ist **rollstuhlgängig**. Gedeckte Sitztribüne.

Anreise:

ÖV: Interlaken Ost, Bus bis Haltestelle «Hotel Sonne» in Matten.

Auto: Gratisparkplatz beim JungfrauPark Interlaken. Shuttlebetrieb.

ACHTUNG: Beim Tellspiel-Areal sind keine Parkplätze vorhanden.

Der Eintritt ist frei. Kollekte zugunsten der Abstimmung «Neutralitätsinitiative JA».



Weitere
Informationen
Anmeldung
erwünscht



Pro Schweiz, Postfach, 3822 Lauterbrunnen
Tel. 031 356 27 27, info@proschweiz.ch

Zivildienst: Vom Ausnahmefall zum bequemen Alternativprogramm

Bei der Revision des Zivildienstgesetzes am 14. Juni geht es um die Einsatzfähigkeit unserer Armee – aber auch um Fairness und Wehrgerechtigkeit.



Von Michael Götte,
Nationalrat,
Tübach (SG)

Die Bundesverfassung spricht eine klare Sprache: Die Schweiz hat eine Armee, organisiert nach dem Milizprinzip. Jeder Schweizer muss Militärdienst leisten. Für Dienstpflichtige, die den Militärdienst nicht mit ihrem Gewissen vereinbaren können, wurde der Zivildienst eingeführt.

Doch der Zivildienst hat sich längst von dieser ursprünglichen Idee entfernt. Was

als Lösung für Ausnahmefälle gedacht war, ist zu einem Massenphänomen geworden. Während zu Beginn nur 50'000 Diensttage im Zivildienst geleistet wurden, sind es inzwischen rund 1,9 Millionen pro Jahr.

Für die Armee hat das gravierende Folgen: Jahr für Jahr verliert sie personell die Stärke einer ganzen Brigade. Eine Negativentwicklung, die mich als Oberst der Schweizer Armee in hohem Masse beunruhigt.

Kopier-Papier verteilen statt Militärdienst leisten

Der Staat hat ein Fehlanreiz-System geschaffen. Für viele junge Männer ist der Zivildienst heute ein bequemes Alternativprogramm zum Militärdienst. Dies zeigt unter anderem die Tatsache, dass viele erst

nach der Rekrutenschule in den Zivildienst wechseln. Nicht das Gewissen ist ausschlaggebend, sondern die attraktiveren Bedingungen des Zivildienstes.

Als Gemeindepräsident erlebe ich diese Fehlentwicklung direkt: Wenn im Zivildienst kerngesunde Männer Kopier-Papier in Schulhäusern verteilen (im gemütlichen 40-Wochenstunden-Pensum), während ihre Kollegen in der Armee unter grosser persönlicher Belastung Tag und Nacht Dienst leisten.

Darum braucht es eine Revision des Zivildienstgesetzes. Es geht um Fairness und um die Einsatzfähigkeit unserer Armee.

Wer von Sicherheit und Freiheit profitieren will, muss auch bereit sein, seinen Beitrag zu leisten.

Schutz und Sicherheit für die Schweiz.



14.
Juni

JA
zum revidierten
Zivildienstgesetz

Blatten, 2025

Foto: VBS/DDPS – Gian-Luca Weidinger

Armee nicht weiter aushöhlen – Zivilschutz stärken: Eine funktionierende Armee und ein starker Zivilschutz sind zentral für die Sicherheit der Schweiz. Zu viele Wechsel in den Zivildienst schwächen ihre Bestände.

Starke Einsatzkräfte für Sicherheit und Krisen: Militär und Zivilschutz sind zentral bei Konflikten und Katastrophen. Die Revision sichert das dringend nötige Personal.

Mehr Fairness dank klaren Regeln für alle: Der Zivildienst wird wieder zur Ausnahme für Männer mit echten Gewissenskonflikten.

zivildienstgesetz-ja.ch

GOAL GLOSSAR

Kampagne

Kampagne

<lat.> campus (Feld, Feldzug)

Wer einen Feldzug beginnen will, muss genau wissen, worauf er sich einlässt:
Was ist mein Ziel? Was sind meine Stärken und Schwächen? Was macht mein Gegner?
Was kann an «Unvorhersehbarem» passieren? Nur wer seine Hausaufgaben gemacht hat,
wird erfolgreiche Kampagnen führen können!

Wir helfen Ihnen dabei ...

Wir freuen uns auf Sie!

Nicola Tinner, Geschäftsführer
Alexander Segert, Agenturinhaber
8450 Andelfingen/ZH, Tel. 043 499 24 00
info@goal.ch, www.goal.ch

GOAL

AG für Werbung und Public Relations
Wir wollen Ihren Erfolg

ENJOY TOYOTA ELECTRIC



NEW TOYOTA bZ4X TOURING 4x4



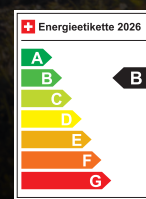
MEHR RAUM FÜR ALLES, WAS KOMMT.

Der Alltag ist selten planbar – aber mit dem Toyota bZ4X Touring kann es sein. Der neue Toyota bZ4X Touring 4x4 Electric bietet dir genau das, was Familien brauchen: Platz, Sicherheit und Vertrauen. Mit bis zu 600 Litern Kofferraumvolumen, intelligentem Allradantrieb und vollelektrischem Antrieb bringt er dich und deine Liebsten zuverlässig durch jeden Tag – und weit darüber hinaus. Ob Wochenende in den Bergen oder der ganz normale Schulweg: Dieser SUV ist bereit für alles, was kommt.



Jetzt entdecken.

bZ4X Touring Premium
AWD Electric 74,7 kWh,
380 PS
16,6 kWh/100 km
18 g/km CO₂
En.-Eff. B



Jetzt Mitglied werden
unter [svp.ch/mitglied](https://www.svp.ch/mitglied)

KEINE EU-UNTERWERFUNG!

13

Ankettung an EU bringt der Schweiz nichts als Nachteile und hohe Kosten

An einer zweitägigen Klausur hat die SVP-Bundeshausfraktion die Botschaft des Bundesrates zum EU-Vertragspaket analysiert und externe Experten dazu angehört. Fazit: Dieser Vertrag ist ein Unterwerfungsvertrag – die EU bestimmt, EU-Richter haben das letzte Wort. Wir Schweizerinnen und Schweizer haben im eigenen Land nichts mehr zu sagen und müssen dafür noch Milliarden bezahlen.



Von Thomas Aeschi,
Nationalrat und
SVP-Fraktionspräsident,
Baar (ZG)

Vor einem Monat hat sich die SVP-Fraktion intensiv mit den neuen EU-Verträgen befasst. Zu dieser Klausur hat sie namhafte Expertinnen und Experten eingeladen. Die Referate zeigten klar auf, dass das EU-Vertragspaket unsere direkte Demokratie beenden, die Zuwanderung befeuern und das Gewerbe mit Bürokratie ersticken würde.

«Schiedsgericht tarnt den Souveränitätsverlust»

Professor Carl Baudenbacher liess keinen Zweifel daran, dass mit dem EU-Vertragspaket Volk, Stände und Parlament als Gesetzgeber entmachtet würden. Die Macht liege allein bei der EU-Kommission und

dem EU-Gerichtshof, so Baudenbacher. «Das Schiedsgericht dient der Tarnung des Souveränitätsverlustes.» Völlig klar ist für Baudenbacher, dass das Ständemehr zwingend nötig ist: «Der Souveränitätsverlust ist grösser als bei einem EU-Beitritt.»

Auch Professor Hansjörg Seiler sprach sich klar für das Ständemehr aus: «Die Unionsbürgergerichtlinie enthält gegenüber dem geltenden Freizügigkeitsabkommen mehrere neue Rechtsansprüche für EU-Angehörige, insbesondere ein Daueraufenthaltsrecht. Der geltende Artikel 121a der Verfassung gilt jedoch nicht nur für Personen, die neu in die Schweiz einwan-

dern, sondern auch für die Verbesserung der Rechtsstellung von Personen, die sich bereits in der Schweiz befinden», sagt Seiler. Spätestens mit der Abstimmung über das EU-Vertragspaket müsste daher auch Artikel 121a der Bundesverfassung geändert werden – und eine Änderung der Bundesverfassung braucht auch die Zustimmung der Kantone (Ständemehr).

« Die Referate zeigten klar auf, dass das EU-Vertragspaket unsere direkte Demokratie beenden, die Zuwanderung befeuern und das Gewerbe mit Bürokratie ersticken würde. »

Die SVP ist die einzige Partei, die den EU-Unterwerfungsvertrag kritisch durcharbeitet. Das zeigte die Bundeshausfraktion einmal mehr mit ihrer zweitägigen ausserordentlichen Klausur. Sie kommt dabei zu einem klaren Fazit: Die Schweiz hat nur Nach-

teile, wenn sie sich an das EU-Recht und die ganze EU-Bürokratie kettet.



JASSWOCHEN 2026/27 IN SAAS-ALMAGELL, WALLIS

WELLNESSHOTEL SPA ZURBRIGGEN
★★★★S



8–13. Juni 2026 | 15–20. Juni 2026 | 13–18. September 2026
1–6. November 2026 | 13–18. Dezember 2026 | 10–15. Januar 2027
24–29. Januar 2027 | 21–26. März 2027 | 4–9. April 2027

- 5 Übernachtungen mit Frühstücksbuffet und 5-Gang-Abendessen
- Nachmittags Suppe und Kuchenbuffet
- Bis 17.30 Uhr Tee, Kaffee, Wasser inklusive
- 4 Jassabende (wir spielen «Schieber» D und F)
- Benützung des Schwimmbades mit Wellnessbereich, Saunalandschaft und Fitness 1000m²
- Parkplatz inbegriffen
- Hüttengaudi mit Fabian und Dorfrundgang
- Tolle Preise zu gewinnen

Jassturniere

im Wellnesshotel Pirmin Zurbruggen****Saas-Almagell und im Jasshotel Monte-Moro*** Saas-Almagell

Reservationen

pirmin.zurbruggen@rhone.ch
www.wellnesshotel-zurbruggen.ch
Tel. 027 957 23 01

- Fr. 750.– pro Person im Doppelzimmer im ****Hotel Pirmin (Aufpreis LoftSuite**** Fr. 150.– pauschal pro Person)
- Fr. 650.– pro Person im Doppelzimmer im *** Jasshotel Monte-Moro (inkl. Essen und Spa im Pirmin)
- Fr. 850 pro Person im Einzelzimmer im ****Hotel Pirmin (Aufpreis LoftSuite**** Fr. 150.– pauschal pro Person)
- Fr. 750 pro Person im Einzelzimmer im ***Jasshotel Monte-Moro (inkl. Essen und Spa im Pirmin)



Jetzt Mitglied werden
unter svp.ch/mitglied

Fischer und das BAG: Staat darf alles, Bürger nichts

Haben Sie schon einmal gesehen, dass Magistratspersonen oder Chefbeamte für ihre Verfehlungen im Amt geradestehen mussten? Ich auch nicht.



Von Rémy Wyssmann,
Nationalrat,
Kriegstetten (SO)

Nach einem jahrelangen Rechtsstreit musste das Bundesamt für Gesundheit (BAG) die Impfstoff-Verträge mit den Pharma-Unternehmen endlich offenlegen. Erstaunliches kam an den Tag: Die BAG-Direktorin Anne Lévy und der damalige Armeechef Thomas Süssli haben milliardenschwere Verträge einfach so unterzeichnet. Verträge, in denen ausdrücklich festgehalten wurde, dass die Pharmafirmen weder für die Wirksam-

keit der Impfstoffe garantieren noch die Haftung für Schäden übernehmen. Ein typischer Knebelungsvertrag. Über Jahre geheim gehalten.

Knebelverträge sind rechtswidrig

Praktisch zeitgleich entbrannte die mediale Hexenjagd gegen den erfolgreichsten Schweizer Eishockey-Nationaltrainer der Geschichte: Patrick Fischer. Fischer wurde in der Coronazeit zu einer Geldbusse verurteilt, weil er ein Impfbizertifikat gefälscht hat. Nicht um sich zu bereichern oder jemanden zu schädigen. Nur um während der Corona-Hysterie weiterhin am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können. Und was meinte die BAG-Chefin Anne Lévy dazu: «Warum Herr Fischer so gehandelt hat, muss er selber erklären. In jedem Fall sind Regeln einzuhalten.»

Wie sieht es denn mit den Regeln für Chefbeamte aus? Haben sich diese nicht auch ans Gesetz zu halten? Immerhin ist das Öffentlichkeitsprinzip in der Verfassung garantiert. Die Verträge hätten also gar nie geheim gehalten werden dürfen. Das Schweizerische Zivilgesetzbuch erklärt zudem solche Knebelungsverträge als rechtswidrig. Ich dürfte als Privater nie solche Verträge abschliessen. Aber für den Staat gelten offenbar andere Regeln als für seine «Untertanen».

Impfdosen für 1,3 Mrd vernichtet

Das Bundespersonalrecht verlangt zudem von seinen Beamten, dass sie hausälterisch mit den Steuergeldern umgehen. Letztes Jahr hat der Bund still und leise ungenutzte Corona-Impfdosen im Wert von 1,3 Milliarden Franken entsorgt. Eine gigantische Vernichtung von Steuergeldern. Musste irgend-ein Beamter oder Politiker dafür geradestehen? Der Staat darf sich offenbar alles erlauben.



Volksinitiative Keine 10-Millionen-Schweiz Nachhaltigkeits-Initiative

JA

Eidgenössische Abstimmung, 14. Juni 2026



JETZT MITMACHEN

Hier können Sie Fahnen, Kleber, Plakate zur Unterstützung unseres Abstimmungskampfes bestellen

Einfach den nebenstehenden QR-Code mit dem Handy scannen.



Ich bezahle und lasse den **Flyer** direkt per Post in von mir ausgewählten Gemeinden verteilen über das **Online-Versandtool**: www.flyer-ueberall.ch/nachhaltigkeitsinitiative/sponsern-d

Einfach den nebenstehenden QR-Code mit dem Handy scannen.



Ich unterstütze die Kampagne zur **Nachhaltigkeits-Initiative** mit einer Spende.

Einfach den nebenstehenden QR-Code mit dem Handy scannen.



Plakat B1 «Agglo Land»

Veranstaltungen

23.05.2026 / 08:30:

SVP bi de Lüt – Standaktion zur «Keine 10-Millionen-Schweiz!»-Initiative, Fronwagplatz, 8200 Schaffhausen

27.05.2026 / 19:30:

Podium zur Nachhaltigkeits-Initiative, Gasthof Tanne, Dorfstrasse 16, 8494 Bauma

28.05.2026 / 19:30:

Öffentliche Veranstaltung mit den **Nationalräten Pascal Schmid** und **Mike Egger**, Restaurant Eisenbahn, Steigstrasse 1, 9220 Bischofszell

30.05.2026 / 19:00:

Nationalrat Mike Egger in Uznach: Referat zur Nachhaltigkeits-Initiative, Aula Oberstufenschulhaus Haslen, Schulhausstrasse 5, 8730 Uznach

JA zur Nachhaltigkeits-Initiative:



31.05.2026 / 10:00:

Stammtisch zur Nachhaltigkeitsinitiative, Buchbergstrasse 2, 8455 Rüdlingen

06.06.2026 / 08:30:

SVP bi de Lüt – Standaktion zur Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!», Fronwagplatz, 8200 Schaffhausen

Helpen Sie JETZT mit, damit unsere Schweiz Schweiz bleibt!



Für Fragen und Anliegen:
info@nachhaltigkeitsinitiative.ch

nachhaltigkeitsinitiative.ch

